

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatlich 2,50 Mk., bei Zustellung unter Postband 4,50 Mk. Die Freiheit ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Rodden 2893 und 2896.

Inserate kosten die achteigspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 Mk., Maximalanzeigen das festgedruckte Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg. Leertextzuschlag 50 Prozent. Familien- und Vereinsanzeigen (auch der Zuschlag) fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition anfragen sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Drohender Generalstreik in Frankreich.

Die französischen Arbeiter stellen politische Forderungen.

Paris, 10. Juni.
Nach dem „Bernert Tagblatt“ hat die Confédération Générale du Travail in ganz Frankreich eine Proklamation ausfalten lassen, in der die politischen Forderungen der Arbeiterklasse, sofortige Demobilisierung der Armee, Amnestie für alle politische Verurteilten einschließlich der wegen Meuterei bestrafte Soldaten und Matrosen sowie Zurückziehung aller französischen Truppen aus Rußland, Ungarn usw. verlangt werden. Sämtliche große Gewerkschaften, auch die der Eisenbahner und Grubenarbeiter, haben erklärt, auf Beschluß der Confédération Générale du Travail die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmender Meldung dürfte der Generalstreik am 23. Juni erklärt werden.

Die Gefeklosigkeit der Militärjustiz.

F. B. Der Mordurteil hat bei allen denen, bei welchen revolutionäre Geist noch nicht gänzlich erstorben ist, ein wahres Entsetzen hervorgerufen. Das Wüten und die Willkür der Militärjustiz, die gerade wenige Tage zuvor in der Diebstahl-Luxemburg-Tragödie jedes Rechtgefühl erlödet hatte, offenbarten sich hier von neuem in ihrer ganzen Entschiedenheit. Das fürchtbarste jedoch an allen diesen Vorgängen ist, daß all diese Urteile und Entscheidungen, daß jegliche Akte der Militärjustiz überhaupt, vollkommen recht- und gesetzlos geschehen sind und noch geschehen.

Militärbündnis aller russischen Sowjetrepubliken.

Moskau, 9. Juni.
Ein Aufruf aus Petersburg meldet, daß in einer am 1. Juni stattgefundenen Sitzung des zentralen Exekutivkomitees von Sowjetrußland nach den Vorträgen Ramenew und Kowalew ein Militärbündnis zwischen der russischen, ukrainischen, litauischen, weißrussischen und turkischen Sowjetrepubliken beschlossen wurde.

Der Gewaltstreik in Remscheid.

Remscheid, 10. Juni.
Die Regimentsgruppen sind am Sonntagabend in größerer Zahl in Remscheid eingerückt. Darunter befinden sich Maschinengewehrtruppen und Artilleriebatterien. Versammlungen dürfen nicht stattfinden. Der Generalstreik wird nicht mehr weiter geführt. Er hat jetzt auf den Kreis Lennepe übergriffen. Reichskommisär Seydewitz hat einer Kommission versprochen, alles aufzubieten, um die Verhafteten heute Dienstag frei zu bekommen.

Weitere Erfolge der roten Armee.

Budapest, 8. Juni.
Der Oberkommandant der ungarischen Roten Armee Wilhelm Wurm meldet heute die Rückeroberung der Stadt Ercsekújvár, die seit fünf Monaten von den Tschechen besetzt war. Proletariatsgruppen aus Budapest und den besetzten oberungarischen Städten sind heute in die Stadt eingezogen. In Rimaszombat, wo die roten Truppen schon vor zwei Tagen einmarschiert sind, wurde gestern der Arbeiterrat gewählt.

Wann Koste nicht klagt.

Im „Reichsblatt“ des „Vorwärts“ vom 6. Juni 1919 ist behauptet worden, die von Harden in der „Zukunft“ erwähnte Tatsache, daß der Reichswahrminister Koste vor Offizieren gesagt habe, er sei nicht mehr im Parteistimmen Sozialdemokrat, verdamme den Klassenkampf und bereue den Irrtum seines Lebens, sei nicht Tatsache, sondern das Produkt von Erfindung und Klatsch.

Schutz den Freiwilligen!

Edwardindustrie, sozialistische Regierung und Roste-Garde.
Der Verband Berliner Metallindustrieller vorsetzt an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben: Rundschreiben Nr. 008/19 F. Betrifft Angehörige von Freiwilligenverbänden.

Wiederanrichtung der Militärzensur.

Aus Ahlen in Westfalen wird uns gemeldet, daß auf Anordnung des kommandierenden Generals des 7. A. K. die „Freiheit“ im Bereich des 7. A. K. für die Dauer des Belagerungszustandes verboten worden ist. Seit dem 30. Mai ist die Zeitung nicht mehr zugestellt worden. Damit ist also der alte Zustand der Militärdiktatur über die Presse, wie er während des Krieges bestand, wiederhergestellt. Wir fragen die Regierung, ob sie damit einverstanden ist und ob sie noch die Macht hat, an solchen Zuständen etwas zu ändern.

Unser Rundschreiben Nr. 001/19 F. lautet: Die außerordentliche Hauptversammlung vom 16. 4. 1919 hat folgenden Beschluß gefaßt: Forderungen der Angestellten und Arbeiter, die eine Boykottierung der Angehörigen der Regierungstruppen beschließen, darf vom Arbeitgeber nicht nachgegeben werden. Arbeitgebern muß es der Arbeitgeber auf einen Streik ankommen lassen. Er hat sich in diesem Fall an die Regierung zu wenden. Im Anschluß hieran teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß eine unterer Mitgliedsfirmen unabhängig von den Schritten, die der Verband Berliner Metallindustrieller in dieser Angelegenheit bei der zuständigen Stelle unternommen hat, bei der Regierung vorliegen ist, worauf ihm folgende Antworten vom Reichsarbeitsminister und Reichswahrminister zugegangen sind: Betrifft Freiwilligen-Boykott. Der Herr Reichswahrminister warnt dringend vor Verurteilungen gegen die Angestellten, die sich den Regierungstruppen zur Verfügung gestellt haben. Er ersucht sie, diesen Angelegenheiten gegenüber das weitestgehende Entgegenkommen zu zeigen und ersucht sie, dem Vertriebsrat zu erklären, daß er mit den schärfsten Mitteln gegen Versuche einschreiten wird, die Angestellten in einer späteren Tätigkeit zu schädigen, die in den Freiwilligenverbänden dienen oder gedient haben. Am kurze Mitteilung über den Verlauf der Angelegenheit wird gegeben.

Auf das Telegramm vom 6. d. Mts. erwidere ich, daß das Verlangen der Arbeiterschaft, einen Arbeitslosen aus dem Bereich von der Beschäftigung in Ihrem Unternehmen auszuschließen, weit er dem Grenzschutz Ost angehört hat, unzulässig und entschieden zurückzuweisen ist. Die von Ihnen ausgesprochene Forderung Ihrer Arbeiterschaft findet deshalb meine polizeiliche Billigung. Ein

Das ehemalige deutsche Heer bildet eine eigenartige Sondergemeinschaft im Gesamtorganismus des deutschen Staatswesens. Während für sämtliche anderen Staatsbürger eine Rechtsordnung galt, der sie alle in gleicher Weise unterworfen waren, standen die Angehörigen des Heeres für einen prägnanten Teil des Rechtes außerhalb dieser Rechtsordnung, galt für sie ein Sondergesetz: es hatte das Heer seine eigene Strafgesetzgebung und es hatte seine eigene Strafgerichtsordnung.

Zhen Grund hatte diese eigenartige gesetzliche Regelung einzig und allein in der allgemeinen Dienstpflicht, die jeden körperlich tauglichen Volksgenossen zum Waffendienste zwang. Denn jeder Naturgesetz widersprechende, die Freiheit der Persönlichkeit vernichtende, Zwang verlor sich schließlich in der Unmöglichkeit der Konsequenz — eine ganz besondere Sicherheit. Darum mußten neue Delikte, es mußten neue Strafen erfunden werden, um den Soldaten in der erzwungenen Abhängigkeit zu erhalten. Und in gleicher Weise mußten auch besondere, nur aus den Trägern dieses Zwangssystems zusammengesetzte, Gerichte über die ihrer Gewalt unterworfenen Soldaten urteilen. Jede irgendwie geartete, irgendwie mögliche Paralyse der militärischen Dienstpflicht mußte dadurch unmöglich gemacht werden, daß die ordentliche Rechtspflege, welche nur auf Ausleichung widerstreitender Interessen, nur auf Wahrung der wirklichen Gerechtigkeit bedacht sein soll, aus den Bezirken der Militärjustiz, in der Zweck vor Recht gehen sollte, verbannt wurde. So lag die Wurzel des gesamten militärischen straf- und strafprozessualen Sonderrechts in dem Zwange der allgemeinen Dienstpflicht.

Mit dem 12. März 1919 nun hat das alte deutsche Heer, hat die Dienstpflicht aller wehrfähigen Deutschen aufgehört, zu existieren. Denn an diesem Tage trat das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 in Kraft, durch dessen § 1 der Reichspräsident ermächtigt wurde, das bestehende Heer aufzulösen und die vorläufige Reichswehr zu bilden. Von dieser Ermächtigung hat der Reichspräsident in der Ausführungsverordnung zu dem Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom gleichen Tage Gebrauch gemacht.

Der § 2 des genannten Gesetzes sagt: „Die Reichswehr soll auf demokratischer Grundlage unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligenverbände und durch Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden. Bereits bestehende Volkwehren und ähnliche Verbände können ihr angegliedert werden.“

Demnach besteht die Reichswehr also ausschließlich aus freiwilligen Truppen. Wenn auch das Gesetz nicht ausdrücklich die Worte gebraucht: „Die Dienstpflicht ist aufgehoben“, so versteht sich das jedoch von selbst. Entweder freiwillig oder gezwungen, ein Drittes gibt es nicht. Da nun nach dem Wortlaut des Gesetzes das Heer nur aus Freiwilligen besteht, so ist damit die Dienstpflicht aufgehoben. Gleichzeitig mit der Errichtung des Freiwilligenheeres hat der Reichspräsident im § 14 der genannten Verordnung die Auflösung des bisherigen Heeres angeordnet. Dort heißt es:

„Das bisherige Heer ist zunächst bis auf die Teile aufzulösen, die erforderlich sind, um die Abwicklung der Auflösungsarbeiten zu gewährleisten und die Ergänzung der Reichswehr an Personal und Material sicherzustellen.“

Die Arbeiten des Zentralrates.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik (v. a. G.) hat mit: Der Zentralrat hat an die Reichs-, Provinzial- und Landes-, Kreis-, Städte- und Gemeinderäte des Reiches Fragebogen geschickt und diese Stellen in einem Rundschreiben ersucht, bei der Ausgestaltung der organisierten Sozialdemokratie, bei der Ausgestaltung der organisierten Sozialdemokratie, bei der Ausgestaltung der organisierten Sozialdemokratie...

Sozialdemokratischer Parteitag in Weimar.

Erster Verhandlungstag. Weimar, den 10. Juni. Um 10 Uhr nachmittags eröffnete Groß-Weimar als Vorkämpfer der Sozialistischen Partei und des Arbeiterrates die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache. Darauf begrüßte Hermann Müller-Wein im Namen des Parteivorstandes den Parteitag. Er kam auf die Novembertage zu sprechen, stellte die Rechnung auf, daß die Partei damals über 1000 Mitglieder hatte und fuhr dann fort: Sie wissen, daß wir uns damals an die unabhängigen Genossen gewandt hatten, um gemeinsam die sozialistische Republik zu bilden...

Groß-Berlin.

Die kommunalen Arbeiterräte. In verschiedenen Gemeindevertretungen der Freie Städte und Reichsstädte ist bekanntlich in letzter Zeit die Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte erörtert worden. Einzelne Gemeinden haben den Etat der kommunalen Arbeiterräte nicht bewilligt, und es sind darüber Streitigkeiten entstanden. Der Vorstand des Reiches, von Schönbach, hat nun zu der Frage, ob die genannten Kampfverbände auch weiterhin von den Gemeinden anerkannt und unterhalten werden müßten, folgende Bekanntmachung erlassen: „In den Gemeindeverwaltungen bestehen zum Teil Zweifel, wie noch der Wohl der neuen Gemeindevertretungen die Stellung der Arbeiterräte zu beurteilen ist. Diese Zweifel sind begründet und drängen dazu, daß die Frage einer grundsätzlichen Regelung angeht wird. Wie diese getroffen wird, es sich empfiehlt, an den Bezirksämtern, wo sie sich in den einzelnen Orten herausgebildet haben, soweit nicht besondere Veranlassung vorliegt, zunächst nicht zu ändern.“

Soeben erschien

Die freie Welt illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D. Heft 7

Aus dem Inhalt: Die Münchener Räterepublik (rote Garde - weiße Garde - Eglhofer-Neurath) Bilder von Paul Dittmann u. Dorenbach Ein Regierungsdokument vom 9. Nov. unterschrieben von Liebtnecht und Scheidemann Amsterdamer Sozialistenkonferenz / Jaucheter in Paris Jaurès Rede in Basel 1912 Jengen im Ledebourprozeß: Weharp und Thebenhausen Tölpel: Der Teufel / Darlag; 2 Zeichnungen / Titelblatt v. Daumler, Eilers, Edel / Theater / Skizze a. d. Engl. und viele andere. Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60 Nr. 1-5 können noch nachgeliefert werden. Zu haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19.

eröffnet. In Vorstehenden werden Heinrich Schulz und 24000-Beitrag gewählt. Nach einer längeren Geschäftsverhandlung wurde schließlich ein Entgegenkommen des Vorstandes mit 216 gegen 104 Stimmen beschlossen, die Ausdrückliche Politik als besonderes Merkmal auf die Tagesordnung zu legen. W. Brackebusch wird gegen David zum Referenten bestimmt. Sodann erörterte Wolf den Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes. Er führt u. a. aus: Im Herbst 1918 erkannten wir den Charakter der drohenden Katastrophe. Wir ergriffen den ganzen Ernst der Lage. Trotzdem übernahmen wir einen Anteil an der Regierung in der Hoffnung, das Schicksal unseres Volkes zu mildern. Unter dem Druck wachsender Kräfte regierten wir seit Monaten. Die Partei ist die alle geliebte und verliert ihre alten Grundzüge. Unsere Kräfte arbeiten unter dem schwersten Druck unserer Verhältnisse und Erschütterungen im Innern. Deshalb wählten wir das schlimmste Konzept, wenn wir nicht nur von einem Genossen in der Regierung abdrängen würden. (Sehr richtig.) Die unzufriedenen Kritiker würden und noch viel weitere Kräfte zu finden geben, wenn sie in der Regierung handeln wollten. Von einem Personenaustausch herzugehen, wie uns leider nichts Gutes, ein Systemwechsel aber ist undenkbar, wenn wir nicht auf unsere Grundzüge verzichten wollen. Nach unserer Überzeugung ist vieles verkannt und vieles falsch gemacht worden, in den Bundesstaaten noch mehr als im Reich, aber gerade in diesen Tagen müssen wir alle guten Freunde zu unseren Genossen in der Regierung stehen und ihnen offen sagen, wenn sie etwas falsch machen. Die Demokratisierung in der Verwaltung geht nicht so vorwärts, wie es notwendig wäre. Die alten Realisten haben noch zu viel Raum. Ein Sturm würde die Landratsämter anstreifen und die müßige Luft hinausblasen. (Beifall.) Wie kritischen unsere Freunde in der Regierung mit aller Schärfe, nicht nur über das Leben führen zu machen, sondern um sie davon zu überzeugen, daß sie auch weiterhin der Partei treu sind. Dieser Kritik soll ihnen den Rücken stärken, damit sie bei den Wahlen nicht durchfallen. Jede andere Haltung der Partei wäre für unser Volk ein schwerer Rückschlag. Die Parteipaltung wäre ein Angriff für unser ganzes Volk; sie kann zum Umsturz für das internationale Proletariat werden, wenn wir nicht festhalten würden an der Demokratie und dem Sozialismus, zu denen sich die Internationale jüngst in Bern mit überwältigender Mehrheit bekannt hat. Wir werden mit den Unabhängigen leichter zusammenkommen können, wenn die Unabhängigen Sozialisten wären.

Die Zahl der Opfer in München.

Die „Tägliche Rundschau“ berichtet aus München: Nunmehr ist eine amtliche Uebersicht über die Revolutionen in München vom 30. April bis zum 8. Mai erschienen. Die Gesamtzahl der Personen, die ums Leben gekommen sind, beläuft sich auf 557, und zwar 38 Regierungsbeamte, 135 Soldaten, 7 Russen, 335 Zivilisten, 42 unbekannte Personen. Verwundet wurden insgesamt 203, darunter 113 Zivilisten und 144 Soldaten. In den Kämpfen haben 13 1/2 38 Regierungsbeamten, 33 Soldaten, 7 Russen und 7 Zivilisten den Tod gefunden.

Hochverratsprozeß gegen Nidisch.

Wie uns aus München mitgeteilt wird, beginnt am Donnerstag, den 12. d. Mts., der Prozeß wegen Hochverrats gegen den bisherigen Vorsitzenden des Zentralrates Nidisch in München. Im Auftrag der Verleumdung auf Haftentlassung Nidisch wurde, nachdem er für die demütigste Bekämpfung der Verleumdung in Augsburg landwirt, abgelehnt. Nidisch hat jetzt seinen Uebertreitt von der S. P. D. zur U. S. P. anzuzeigen.

Alle Vorbereitungen getroffen.

Während der „Vorwärts“ nur die bereits in anderer geführten Abendausgabe wiederholte Berühmtheit einer Lokalcorrespondenz wiedergibt, schreibt die „Berliner Volkszeitung“: Der Scheinbefehl ist gegeben, die Öffentlichkeit zu betäuben. Wird wirklich von radikaler Seite ein neuer Aufbruch geplant? Angesichts der Stärke der militärischen Macht in und bei Berlin erscheint dies kaum glaublich. Sollte nicht die Militärbehörde, wie so oft, Gespenker sehen, aber mit ihrem Vorgehen positive Schritte verfolgen? Nach der Demission des Probs hat man wenig Vertrauen auf die Kaufmannschaften, daß in Berlin neue Kräfte zu erwarten seien. Wir meinen, daß vielmehr durch eine Verleumdung der Militärschicht ein neuer sichbarer Sieg der Militärgewalt vorbereitet wird, dem die Regierung, wie nun schon in so vielen Fällen, nachhaken muß. Denn es glaubt doch wohl niemand im Reich, daß die Regierung alle die militärischen Stände der neuen Zeit blüht. Es scheint, als ob sie ganz hilflos den Militärs gegenüber ist. Die Reichsregierung jedoch dringend ersuchen, die jetzigen führenden Militärs schnellstens durch geeignete Persönlichkeiten zu ersetzen.

Die Regierung wäre der „Vorwärts“

Die Regierung wäre der „Vorwärts“ sehr feindlich, wenn sie ihr sagen könnte, wie man es macht, die jetzigen führenden Militärs durch geeignete Persönlichkeiten zu ersetzen. Bislang konnte noch niemand über jenen Schatten sprechen.

Lebensmittellieferanten.

Spanbau, auf Abschnitt 256 der Lebensmittelkarte 220 Gramm Teigwaren, auf Abschnitt 251 1/2 Pfund Rindfleisch. Amerikanische Kondensmilch Vollmilch ist noch erhältlich. Auf Abschnitt 24 der Lebensmittelkarte 20 Gramm Edmolz. Hühnerfleisch, 120 Gramm Gries, für Jugendliche 100 Gramm Gries, 200 Gramm Speise, 50 Gramm Backmehl, 5 Pfund Kartoffeln, für Kinder und Greise neben 200 Gramm Hülsenfrüchte 2 Packchen Milchpulver. Die für die Woche vom 2. bis 8. d. M. angeforderten Lebensmittelkarten sind noch nicht eingetroffen; sie sollen in dieser Woche zur Ausgabe gelangen. Anmeldung der Abschnitte 22 und 23 der Lebensmittelkarte bis 11. Juni einschließlich.

Freitag, Mittwoch abend, Zahlabend in Groß-Berlin.

III. Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Baubeamten.

Zweiten Tag folgt dann der Punkt: Stand der Verhandlungen und Einheitsorganisation. ... Die in der Angelegenheit auf die tarifliche Regelung der Arbeit- und Gehaltsverhältnisse drängen. ...

Diesem selbstherrlichen Standpunkt setzte Herr Schenk aber noch die Krone auf, indem er dem Kollegen, der gegen die Arbeitsgemeinschaft gestimmt hatte, androhte, ihm mit einem Verweis aus dem Saal zu schenken. ...

Am 10. Juni findet wieder eine Versammlung der Steinleger und Eisenarbeiter statt, wo die Herren Schenk und ...

Die Lohnbewegung der Transportarbeiter der Metallindustrie.

Am Dienstag fanden in sämtlichen Orten und im Garten des ...

Schiedsgericht im Dausbedarfsvertrage von Groß-Berlin.

Wegen der Forderung der wöchentlichen Stundenlohn im Dausbedarfsvertrage ...

Gewerkschaftliches.

Reben und Taten eines Gewerkschaftlers.

Wenn man einen Arbeiterkollegen und tabellarisch ...

freistell auch nicht mehr zu erwarten sei. Der Schiedspruch wurde mit überwindlicher Mehrheit angenommen.

Die Opfer für das Nützlichkeits- und gegen die Politik der Gewerkschaftskommission.

In der Mitgliederversammlung der Opfer wurde noch einem ...

Tötung Kollaboranten und -geheimen.

Die Vertrauensleute des Verbandes der Kollaboranten, ...

Die Kollaboranten des Metallhandels stellen zur Disposition.

Die Kollaboranten des Metallhandels stellen zur Disposition ...

Die Kollaboranten des Metallhandels stellen zur Disposition.

Die Kollaboranten des Metallhandels stellen zur Disposition ...

Die Kollaboranten des Metallhandels stellen zur Disposition.

Die Kollaboranten des Metallhandels stellen zur Disposition ...

Die Kollaboranten des Metallhandels stellen zur Disposition.

Die Kollaboranten des Metallhandels stellen zur Disposition ...

